

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 21. Juni 1989

am Donnerstag, dem 22. Juni 1989

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Blunck (SPD)	12	Dr. Rüttgers (CDU/CSU)	15, 16
Frau Bulmahn (SPD)	13, 14	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	5, 6
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	8, 9	Schreiner (SPD)	36, 37
Frau Faße (SPD)	45	Schütz (SPD)	10, 11
Gansel (SPD)	34, 35	Schulhoff (CDU/CSU)	18, 19
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	30, 31	Dr. Sperling (SPD)	48, 49
Hinsken (CDU/CSU)	32, 33	Steiner (SPD)	39, 40
Dr. Hirsch (FDP)	24, 25	Stiegler (SPD)	29, 50
Jungmann (Wittmoldt) (SPD)	17, 38	Uldall (CDU/CSU)	27, 28
Kirschner (SPD)	2, 26	Frau Walz (FDP)	41, 42
Dr. Klejdzinski (SPD)	3, 4	Weiss (München) (DIE GRÜNEN)	46, 47
Linsmeier (CDU/CSU)	51, 52	Frau Würfel (FDP)	43, 44
Menzel (SPD)	1, 7	Würtz (SPD)	20, 21
Pfuhl (SPD)	22, 23		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	11

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

- | | |
|---|---|
| 1. Abgeordneter
Menzel
(SPD) | Trifft es zu, daß vorgesehen ist, die jetzt wieder-
aufgenommene Objektförderung im Wohnungs-
bau 1991 wieder einzustellen, wie es ein Spre-
cher der FDP verkündet hat? |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|---|
| 2. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Wie wird sich die Zahl der Versorgungsempfän-
ger (Empfänger von Ruhegehalt und Hinterblie-
benenversorgung) von Bund, Bundesländern
und kommunalen Gebietskörperschaften von
1988 auf die Jahre 2000, 2010 und 2020 entwik-
keln? |
|--|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

- | | |
|--|---|
| 3. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die vom Bund für Um-
welt und Naturschutz Deutschland e. V. vertrete-
ne Auffassung, daß der Einsatz von Pestiziden
und Bioziden gefährliche Auswirkungen für die
menschliche Gesundheit haben kann? |
| 4. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß
der Einsatz von Pestiziden und Bioziden immer
dann gesetzlich verboten werden sollte, wenn
nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrschein-
lichkeit feststeht, daß nachteilige Auswirkungen
für die menschliche Gesundheit vorliegen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

5. Abgeordnete
**Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)**
- Auf Grund welcher Erhebungen oder Berechnungen kommt die Bundesregierung zu der Zahl von 320 000 Frauen, die jährlich nach Zeiten der Kindererziehung auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, und wie erklärt sie sich die Diskrepanz zu den Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, wonach sich in den letzten zwölf Monaten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen rund 700 000 deutsche Frauen (sogenannte stille Reserve) vergeblich um Arbeit bemüht haben?
6. Abgeordnete
**Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)**
- Wie hoch waren die finanziellen Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit 1988 für Maßnahmen der beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung, getrennt nach Geschlecht und Maßnahmearten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

7. Abgeordneter
**Menzel
(SPD)**
- Ist es der Bundesregierung bekannt, ob es in Zusammenhang mit der Beteiligung der VEBA an der Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague Nebenabsprachen gibt, die einen Stromimport Frankreichs in die Bundesrepublik Deutschland zum Ziel haben?
8. Abgeordneter
**Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)**
- Wie beurteilt die Bundesregierung ein neues Rechtsgutachten zur Frage einer vorliegenden Dauerbetriebsgenehmigung des Atomkraftwerkes Obrigheim, das zu dem Schluß kommt, daß die Behörde das Genehmigungsprogramm, das sie sich in der 2. Teilbetriebsgenehmigung selbst vorgegeben hat, nicht erfüllt, weder den Dauerbetrieb gestattet noch Feststellungen über Ergebnis und Abschluß der Erprobungsphase getroffen hat, für das Kernkraftwerk Obrigheim somit eine auf den Anfahr- und Probebetrieb inhaltlich beschränkte Genehmigung erteilt hat, diese inhaltliche Beschränkung in einer rechtlich wirksamen Weise nicht aufgehoben worden ist, und welche Prüfungsschritte haben die Bundesregierungen seit dem 10. Juli 1976 deswegen unternommen?

9. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)

Gedenkt die Bundesregierung die Ergebnisse der Konferenz von Toronto, das heißt eine CO₂-Reduktion von heute bis zum Jahre 2005 um 20% auch in der Bundesrepublik Deutschland definitiv durchzusetzen, und welche maximale CO₂-Reduktion hält sie bis zum Jahre 2005 für möglich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

10. Abgeordneter
Schütz
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Pläne der niedersächsischen Landesregierung zur Umleitung des Bornbachs im Verhältnis zu dem für 1990 anstehenden Forschungsprogramm zur Erarbeitung ökologisch begründeter Sanierungspläne für bundesdeutsche Flüsse, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche 70prozentige Beteiligung des Bundes an einer Sanierung der Hunte?

11. Abgeordneter
Schütz
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Pläne der niedersächsischen Landesregierung im Hinblick auf eine Verringerung des Nährstoffeintrages in die Nordsee?

12. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um deutschen Forschungs- und Verbraucherschutzgruppen im Rahmen des von der EG beschlossenen Sonderprogramms „Flair“ EG-Fördermittel für eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit zukommen zu lassen?

13. Abgeordnete
Frau Bulmahn
(SPD)

Wie hoch waren die jeweiligen Ausgaben von EG und ESA für Forschung und Entwicklung an Gesellschaften und Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland 1987 und 1988 in DM?

14. Abgeordnete
Frau Bulmahn
(SPD)

Wie hoch waren die jeweiligen Ausgaben von EG und ESA für Forschung und Entwicklung an Gesellschaften und Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, gegliedert nach Umsatz- und Beschäftigtengrößenklassen 1987 und 1988 in DM?

15. Abgeordneter
Dr. Rüttgers
(CDU/CSU)

Welche Maßnahmen und Projekte im Rahmen des Internationalen Weltraumjahres 1992 sind auf internationaler Ebene nach Kenntnis der Bundesregierung bisher geplant bzw. vorgeschlagen, und in welchem Umfang will sich die Bundesregierung an diesen Aktivitäten beteiligen?

16. Abgeordneter
Dr. Rüttgers
(CDU/CSU)

Welche eigenen Initiativen werden darüber hinaus von der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Internationalen Weltraumjahr geprüft?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

17. Abgeordneter
Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)

Welche Stellen im Auswärtigen Amt und im Bundesministerium der Verteidigung sind mit der Vorbereitung bzw. Anmeldung des Besuches des amerikanischen Kriegsschiffes IOWA zur „Kieler Woche“ befaßt worden?

18. Abgeordneter
Schulhoff
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die indische Regierung den Handelsverkehr Nepals mit Indien und dritten Staaten wesentlich eingeschränkt hat mit dem Ergebnis, daß die Versorgungslage Nepals, einem der schon ärmsten Länder der Welt, sich noch weiter verschlechtert haben soll?

19. Abgeordneter
Schulhoff
(CDU/CSU)

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um diesem Land auf diplomatischem oder direktem Wege zu helfen, damit zumindest der tägliche Bedarf an Babynahrung, Salz, Brennmaterial und Medikamenten gedeckt werden kann?

20. Abgeordneter
Würtz
(SPD)

Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um die bulgarische Regierung von der menschenverachtenden Bulgarisierungspolitik gegenüber der türkischen Minderheit abzubringen?

21. Abgeordneter
Würtz
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung den Exodus der Türken aus Bulgarien, und ist in diesem Zusammenhang der Türkei humanitäre Hilfe angeboten worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

22. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)

Ist es richtig, daß entgegen den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen von den rund 370 000 GmbH nur 7 % ihrer Publizitätspflicht bis 31. Dezember 1988 nachgekommen sind?

23. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der Publizitätspflicht Nachdruck zu verleihen?
24. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Auf welcher Rechtsgrundlage sind die Telefongespräche zwischen den Strafgefangenen Pohl und Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz und Karlheinz Dellwo abgehört worden?
25. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Weitergabe der Mitschriften dieser Telefongespräche an die Redaktion der Zeitung „DIE WELT“, veröffentlicht in der Ausgabe vom 29. Mai 1989 unter DW. Bonn, und ist ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen bzw. gegen Unbekannt eingeleitet worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

26. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des heutigen Bundesministers der Finanzen, Dr. Waigel, wonach „die Heranziehung von Bundesbankgewinnen haushaltspolitisch gleich zu bewerten ist wie eine weitere Erhöhung der Nettokreditaufnahme“ (CSU-Pressemitteilung, 29. Oktober 1981, Nr. 524); wenn ja, wie hoch setzt die Bundesregierung die Neuverschuldung des Bundes für das Jahr 1989 an?
27. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU) Wie ist der derzeitige Stand der Verhandlungen zwischen den Bundesländern über die finanziellen Auswirkungen der Volkszählung auf den Länderfinanzausgleich?
28. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU) Wann rechnet die Bundesregierung mit einem tragfähigen Ergebnis dieser Verhandlungen?
29. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie ist der Stand der Auswertung des Lärmschutzgutachtens zu den Wirkungen des passiven Schallschutzes an Truppenübungsplätzen, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus für den Bundeshaushalt 1990 und die Folgejahre ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

30. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)** Gegen wie viele Firmen und gegen welche besteht derzeit Verdacht auf illegale Waffenexporte beziehungsweise unerlaubte Exporte chemischer oder atomarer Technologien?
31. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)** Welche rechtlichen, exekutiven und administrativen Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus den zunehmenden Verstößen in den in Frage 29 bezeichneten Bereichen zu ziehen?
32. Abgeordneter
**Hinsken
(CDU/CSU)** Wie beurteilt die Bundesregierung Überlegungen, im Hinblick auf den Binnenmarkt sogenannte Dolmetscherbanken zu schaffen, die Übersetzungen z. B. mit Hilfe von Telefax-Geräten im Sofortdienst vornehmen, sei es durch Neugründung solcher Institute oder Angliederung an bestehende Sprachschulen bzw. Dolmetscherbüros, um Wettbewerbsverzerrungen auf Grund von Sprachbarrieren insbesondere im Bereich der mittelständischen Wirtschaft auszu-schließen, und ist sie bereit, diesbezüglich finanzielle Unterstützung zu leisten?
33. Abgeordneter
**Hinsken
(CDU/CSU)** Gibt es im Ausland (insbesondere EG-Staaten) bereits solche „Dolmetscherbanken“, und werden diese gegebenenfalls finanziell gefördert?
34. Abgeordneter
**Gansel
(SPD)** Trifft es zu, daß gegen einen Regierungsdirektor a. D. und ehemaligen Referatsleiter beim Bundesamt für Wirtschaft (BAW), der auch bei den U-Boot-Geschäften mit Südafrika für die Firma Ingenieurkontor Lübeck (IKL) als Gutachter eingeschaltet war, im Zusammenhang mit neueren illegalen Rüstungsexporten staatsanwaltschaftliche Ermittlungen laufen, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegen Beamte des BAW zu ergreifen, die während ihrer Dienstzeit Rüstungsexportkontrollen gegenüber antragstellenden Firmen durchzuführen haben, aber unmittelbar nach ihrer Dienstzeit dieselben Firmen dabei beraten, wie man Rüstungsexportkontrollen umgehen kann?
35. Abgeordneter
**Gansel
(SPD)** Wann hat die Bundesregierung gemäß Artikel 7 des deutsch-indischen Geheimschutzabkommens den Verdacht der unbefugten Preisgabe von Verschlusssachen, die durch das deutsch-indische Geheimschutzabkommen über den Bau

von U-Booten des Typs 1500/1650 für Indien in der Bundesrepublik Deutschland geschützt sind, an die indische Regierung weitergeleitet, nachdem sie durch den Antrag der Kieler Staatsanwaltschaft auf Erteilung einer Ermächtigung zur Aufnahme von Ermittlungsmaßnahmen über einen solchen Verdacht informiert worden ist, und beabsichtigt die Bundesregierung, gemäß Artikel 7 des Geheimschutzabkommens Sicherheitsverstöße durch Gerichte verfolgen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

36. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die in Presseberichten wiedergegebene Ansicht des Stabschefs der Zweiten Alliierten Taktischen Luftflotte, daß die Möglichkeiten zur Reduzierung der militärischen Tiefflugübungen in den vergangenen 20 Jahren bereits ausgeschöpft worden seien?
37. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Chancen zur Reduzierung alliierter Tiefflüge über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund der Äußerungen des Stabschefs der Zweiten Alliierten Taktischen Luftflotte, daß die Bundesrepublik Deutschland über ihrem Territorium keine Lufthoheit besitze und diese von den USA, Frankreich und Großbritannien ausgeübt werde?
38. Abgeordneter
Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Erprobungsplatz Meldorfer Bucht der Bundeswehr auch zur Erprobung von Munition durch private Unternehmen genutzt wird, und wenn ja, mit welcher Begründung?
39. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Wie haben sich die Abwanderungszahlen von Beamten der Bundeswehrverwaltung zu anderen Verwaltungen – vor allem im Länder- und Kommunalbereich – in den letzten beiden Jahren und in den ersten Monaten 1989 im mittleren und im gehobenen Dienst entwickelt?
40. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Wie viele Beamte des mittleren und des gehobenen Dienstes warten nach erfolgreicher Ableistung ihrer Probezeit auf eine planmäßige Anstellung?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

41. Abgeordnete
**Frau
Walz
(FDP)**
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über den Gesundheitszustand von Eltern, insbesondere von Müttern Behinderter, vor, die diese zu Hause betreuen, und wie beurteilt sie die physischen und psychischen Belastungen einer solchen Betreuung?
42. Abgeordnete
**Frau
Walz
(FDP)**
- Ist die Bundesregierung bereit, falls ihr keine diesbezüglichen Erkenntnisse vorliegen, ein Pilotprojekt bzw. eine Studie in Auftrag zu geben mit dem Ziel zu untersuchen, welchen gesundheitlichen Belastungen Eltern – insbesondere die Mütter – behinderter Kinder unterliegen und welche materiellen und/oder finanziellen Hilfen nötig wären, sie bei der häuslichen Betreuung ihrer Kinder zu entlasten?
43. Abgeordnete
**Frau
Würfel
(FDP)**
- Wer sind die Mitglieder der laut Bericht der Bundesregierung auf der Drucksache 11/4250 beim Bundesgesundheitsamt eingerichteten gemeinsamen Arbeitsgruppe von Mitgliedern der Kommissionen E und D, die sich mit der Bewertung von Mischpräparaten aus homöopathischen und phytotherapeutischen Anteilen beschäftigen?
44. Abgeordnete
**Frau
Würfel
(FDP)**
- Geht die Bundesregierung davon aus, daß diese Arbeitsgruppe auch andere Kombinationspräparate der Erfahrungsmedizin wie z. B. Phytobestandteile mit Mineralien, Vitaminen oder Organsubstanzen bewerten wird?
45. Abgeordnete
**Frau
Faße
(SPD)**
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß das Bundesamt für den Zivildienst Kreisgruppen und Mitgliedsorganisationen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, die, dem Appell der Bundesregierung folgend, zusätzliche Zivildienststellen eingerichtet haben, die Auszahlung von Aufwandszuschüssen schuldig bleibt, die sich alleine für Niedersachsen zum 31. Dezember 1988 auf annähernd 2,3 Millionen DM beliefen, und ist die unverzügliche Begleichung dieser Schulden vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

46. Abgeordneter
Weiss
(München)
(DIE GRÜNEN)
- An welche Maßnahmen denkt der Bundesminister für Verkehr, wenn er ankündigt (DVZ vom 27. Mai 1989), er werde Behinderungen Österreichs für den Straßengüterverkehr nicht tatenlos hinnehmen?
47. Abgeordneter
Weiss
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Welche Alternativen zu Nachtfahrverbot, 28 t-Gewichtsbeschränkung und Öko-Maut hat der Bundesminister für Verkehr anzubieten, um die Alpen vom Lastkraftwagen-Transitverkehr zu entlasten?
48. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Ist aus der Antwort auf meine Frage 98 (Drucksache 11/4682) zu schließen, daß die von der Bundesregierung vorgeschlagene Änderung von § 12 des Bundeswasserstraßengesetzes keine Änderung des bisherigen Verwaltungshandelns zur Folge haben wird?
49. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Wäre es nicht weniger verwaltungsaufwendig gewesen, diese Gesetzesänderung zu unterlassen, anstatt sie ausgerechnet in ein Rechtsbereinigungsgesetz aufzunehmen?
50. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Gespräche der Bundesregierung mit der US-Regierung über die Rückverlagerung von Militärtransporten von der Straße auf die Schiene, und bis wann kann mit konkreten Entscheidungen gerechnet werden?
51. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob das von der Bayerischen Staatsregierung in Auftrag gegebene Lärmschutzgutachten, das sich auf die von der Bayerischen Staatsregierung geplante Verlagerung der sogenannten Allgemeinen Luftfahrt auf die Bundeswehrflugplätze Neubiberg und Oberschleißheim bezieht, abgeschlossen ist, und hat die Bundesregierung Kenntnis vom Inhalt des Gutachtens?
52. Abgeordneter
Linsmeier
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, dieses Gutachten den Anliegergemeinden zur Verfügung zu stellen?

Bonn, den 16. Juni 1989

